

# zeitung gegen den krieg

Nr. 49 Herbst 2021

## Drama in Kabul und wachsende Kriegsgefahr

Sabine Schiffer	Feindbild Russland	Seite 3
Sevim Dagdelen	deutsches Kriegsschiff vor China	Seite 3
Claudia Haydt	EU und Aufrüstung	Seite 5
Michael Müller / Uwe Hixsch	Frieden und Transformation	Seite 6
Reiner Braun	Alternative Friedenspolitik	Seite 7
Joachim Guilliard	Afghanistan-Bilanz	Seite 8



Reiner Braun · Michael Müller ·  
Winfried Wolf

**D**er zwanzigjährige Krieg in Afghanistan hat eine ganze Region mit Millionen Menschen ins Unheil gestürzt und weltweit die Militarisierung der Konflikte und die Dynamik der Gewalt beschleunigt. Der Abzug der westlichen Militärs aus dem Land stellt eine schwere Niederlage für die USA, die Nato, die deutsche Regierung und die Bundeswehr dar. Vergleiche mit Vietnam 1975 drängen sich auf. Sie sind teilweise richtig, teilweise falsch. Auch in Vietnam erlitt der Westen eine schwere Niederlage. Es siegten jedoch fortschrittliche Kräfte. Im Fall Afghanistan ist die westliche Niederlage verbunden mit dem Sieg einer extrem frauenfeindlichen, reaktionären, gewalttätigen Gruppe.

Für uns ergeben sich drei Lehren aus dem zwanzigjährigen Afghanistan-Abenteuer.

**Lehre 1: Das fatale Modell des Afghanistan-Einsatzes wird es auch in der Zukunft geben.** Der westliche Krieg am Hindukusch folgte einem klassischen Muster imperialistischer Politik: Man nimmt einen kriminellen Anlass (9/11), besetzt die identifizierte, geopolitisch wichtige Region militärisch, installiert dort eine korrupte Marionettenregierung (Karzai-Ghani) und verfolgt so seine machtpolitischen und Rohstoff-Interessen. Das war vergleichbar in Vietnam Anfang der 1960er Jahre. Das war so im Irak 1990 und 2002. Bei all dem aktuellen Wehklagen über die „Katastrophe in Afghanistan“ hat der Westen dieser Politik mit keinem Wort abgeschworen. Im Gegenteil. In Mali proben Frankreich und Deutschland ein weiteres Modell imperialistischer Intervention. In Mozambique organisiert und finanziert die EU derzeit nach vergleichbarem Muster eine 1500 Mann starke „Schnelle Eingreiftruppe“.

**Lehre 2: Noch im Rückzug aus Kabul orientiert die US-Regierung auf den großen Krieg.** US-Präsident Joe Biden begründete den Truppenabzug aus Afghanistan laut

*Frankfurter Allgemeine Zeitung* (18.8.) wie folgt: Die USA müssten sich jetzt auf „die heutigen entscheidenden Bedrohungen konzentrieren“. Die „wahren Rivalen Amerikas“ seien „Russland und China“. Diese sähen es „nur zu gerne“, wenn Washington seine „Wachsamkeit und Mittel“ auf Afghanistan verschwenden würde. Klarer konnte die Orientierung auf einen großen Krieg kaum formuliert werden.

**Lehre 3: Der Afghanistan-Krieg war gegen Russland und China gerichtet.** Er war Teil einer Einkreisungspolitik. Beides wird nach dem Rückzug aus Kabul verstärkt fortgesetzt. Für die Pentagon-Strategen war der Einmarsch in Afghanistan ein zentraler Baustein ihrer Konfrontationspolitik gegen Russland und China. So wie sie bereits in den 1980er Jahren Saudi Arabien – die Ausgangsbasis von Osama bin Laden – und weitere reaktionäre Golfstaaten finanziert und die Vorläufer der Taliban mit modernen Waffen ausgerüstet hatten, damit diese die damalige sowjetische Armee aus Afghanistan vertreiben konnten. Der aktuelle Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan entspricht damit einer Frontbegrädigung. Dabei ist nicht einmal ausgemacht, ob aus den Taliban-Kämpfern in Kabul nicht am Ende ein westlich orientiertes Regime wird. Schließlich hatte die US-Regierung vor 9/11 mit den Taliban über den Bau einer Erdgaspipeline durch das Land verhandelt.

Die Orientierung auf einen großen Krieg läuft auf hohen Touren. Die Politik der Einkreisung Russlands und Chinas wurde in den letzten Jahren beschleunigt. Siehe die Manöver Defender 2021 und die Stationierung von rotierenden Nato-Verbänden in Osteuropa. Diese Politik findet seit einiger Zeit auf hoher See ihre Ergänzung: siehe die gesteigerte Präsenz westlicher Kriegsschiffe vor der chinesischen Küste. Der ehemalige US-Admiral James G. Stavridis schreibt offen und ohne Widerspruch aus Washington, dass ein Krieg gegen China vorbereitet wird und dass dabei

der Auslöser „Auseinandersetzungen um Taiwan und um verschiedene Inseln im Süd- und Ostchinesischen Meer“ sein könnten (siehe Artikel S. 4).

So wie der Afghanistan-Krieg ein Krieg des Westens und nicht allein ein US-Krieg war, so ist heute die Militarisierung der Welt *gemeinsame westliche Politik*. Das allgemeine Ziel, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben, ist der gemeinsame Nenner dieser Kriegsvorbereitungen. CDU/CSU, SPD, FDP und AfD unterstützen dieses Ziel. Die Grünen äußern formal Bedenken. Gleichzeitig treten sie für eine aggressive Politik gegenüber Russland und China ein.

In diesen Wochen wird mit Recht der zynische Umgang der deutschen Regierung mit den afghanischen Hilfskräften kritisiert. Gleichzeitig gibt es bei den politisch Verantwortlichen eine große Angst vor einer neuen Welle mit hunderttausenden afghanischen Flüchtlingen. Es entstehen neue Grenzzäune und neue Mauern, so in der Türkei, um Flüchtlinge abzuwehren. In Wirklichkeit gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Waffenexporten und militärischen Interventionen einerseits und dem wachsenden Heer von Flüchtlingen andererseits. Wer Kriege sät, wird Flüchtlinge ernten.

Vor diesem Hintergrund ist eine Friedenspolitik vor allem von zwei Elementen bestimmt:

Notwendig sind erstens ein menschenwürdiger Umgang mit den Geflüchteten, ein Ende der Politik „Festung Europa“ mit Tausenden Ertrunkenen im Mittelmeer und die vollständige Integration der Geflüchteten in die Gesellschaft. Zweitens benötigen wir eine Politik der Abrüstung und Entspannung, des Abzugs der US-Atombomben von deutschem Boden und ein Ende von Rüstungsexporten und Rüstungsproduktion.

Das zwanzigjährige Desaster in Afghanistan zeigt deutlich: Es ist Zeit für ein neues Friedensprojekt Europa. Grundlage für eine überzeugende Friedenspolitik ist eine sozial-ökologische Weltinnenpolitik.

### Raus aus der NATO

**11. September 2001, New York und Washington:** Terror-Angriffe verändern die Welt. Antisemiten, Islamisten und Nazis in aller Welt jubeln. Kriegstreiber des Westens sind nicht traurig. Trauer um die Opfer bei allen menschlich Fühlenden. Die Haupttäter sind rasch identifiziert. Mohammed Atta und Ziad Jarrah und andere 17 Selbstmordattentäter. Sie waren zumeist saudi-arabischer Staatsangehörigkeit. Erklärt wird uns: Gelenkt worden sei alles vom Al Qaida-Chef, dem saudischen Milliardär Osama bin Laden. Der sei von den Taliban in Afghanistan geduldet worden. Nicht ein Täter kam aus Afghanistan. Mittäter in den USA wurden erst gar nicht gesucht.

Warum wurden Afghanistan – und bald darauf der Irak – angegriffen? Warum wurde dafür der erste Bündnisfall der NATO ausgerufen? Das Konzept damaliger hoher US-Politiker wird heute kaum beachtet. Der Nachruf der *Süddeutschen Zeitung* auf Donald Rumsfeld (2.7.2021) ist erhellend. Die Rede ist dort von einem „Minister, der foltern ließ“, der Angriffskriege führte, „um US-Interessen mit Gewalt durchzusetzen“. Über die Reaktion des damaligen US-Vizepräsident Dick Cheney auf 9/11 wird in derselben Zeitung (12.8.2021) berichtet: „Er kam schon im Krisenraum, während alle anderen durchdrehten, auf die Idee, dass sich den USA durch diese Anschläge künftig durchaus attraktive Erdölperspektiven eröffnen könnten. Wofür nur eine klitzekleine kriegerische Umschichtung der Weltordnung notwendig sein könnte.“

Tatsächlich haben die USA und die Nato seit 9/11 unter dem Vorwand, den Terrorismus zu bekämpfen, den gesamten Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika mit Krieg überzogen. Terror? Es ging um Öl, Rohstoffe, Handelswege und Pipelines. Es ging um die Macht des Westens. Ein SPD-Minister sagte: Wir verteidigen die Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch. Eine Lüge! Verteidigt wurden die weltweiten kapitalistischen Interessen. Die Nato erwies sich als Instrument vor allem der USA. Heute muss klar gesagt werden: Raus aus der NATO. Schluss mit der „atlantischen Solidarität“.

**Ulrich Sander**, Bundesausschussmitglied der VVN-BdA

### Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser! Diese Ausgabe der *Zeitung gegen den Krieg* ist geprägt von den dramatischen Ereignissen in Afghanistan. Seit 20 Jahren argumentieren wir, dass es den USA, der Nato und der Bundeswehr am Hindukusch nicht um Terrorbekämpfung, sondern um Geopolitik geht. Siehe dazu weitere Beiträge in dieser Zeitung auf den Seiten 2 und 8. Diese ZgK-Ausgabe erscheint in Kooperation mit NaturFreunde Deutschland.

**Die Redaktion**

Selbst das soziale Elend entspricht dem aus der alten Taliban-Ära

## Afghanistan – eine bittere Bilanz

Joachim Guilliard

Die kampflose Einnahme der afghanischen Hauptstadt durch die Taliban machte das ganze Ausmaß des Scheiterns der NATO, dem Land mit Gewalt ein pro-westliches Regime aufzuzwingen, deutlich. Es klingt wie Satire, wenn führende Politiker der NATO-Staaten nun die Regierung und Armee Afghanistans zu den Schuldigen erklären, sind diese doch ihre genuinen Geschöpfe. Ihr Rückhalt, wie der der gesamten NATO-Politik im Land, war offensichtlich äußerst gering.

Verloren hatte die NATO den Krieg schon längst. Die Taliban kontrollierten seit Jahren mehr als die Hälfte des Landes. Die vom Großteil der Bevölkerung als Besatzer wahrgenommenen NATO-Truppen waren überwiegend mit ihrem Selbstschutz beschäftigt. Für jeden deutschen Ausbilder von afghanischen Rekruten mussten beispielsweise, wie die FAZ (18.11.2020) berichtete, zum Schluss drei oder vier Leibwächter abgestellt werden, um zu verhindern, „dass die Schüler die Instrukteure ermorden.“

US-Präsident Joe Biden behauptet, Ziel des Einsatzes sei eigentlich nur die Beseitigung der von Afghanistan ausgehenden Terrorgefahr gewesen und dieses Ziel hätten sie erreicht. Tatsächlich hat sich infolge von Besatzung und des ausgeweiteten „Krieges gegen den Terror“ die Zahl militanter, islamistischer Organisationen und Kämpfer vervielfacht. Auch in afghanischen Gebieten operiert mittlerweile der „Islamische Staat“.

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer zog ebenfalls eine positive Bilanz. Schließlich habe sich u.a. die Bundeswehr im Kampf bewähren können. In diesem Punkt dürften ihr alle, die eine starke militärische Rolle Deutschlands anstreben, zustimmen. Deutsche Militäreinsätze im Ausland wurden wieder zur politischen Normalität und rund 100.000 deutsche Soldaten konnten in Afghanistan nach jahrzehntelanger Zurückhaltung wieder praktische Erfahrung sammeln, also „lernen, was Krieg wirklich ist“ so die FAZ am 14. April 2021.

### Horrende Kosten

Die Gesamtkosten des Krieges belaufen sich nach den Berechnungen des „Costs of War Project“ an der Brown University in Boston allein für die USA auf 2.261 Milliarden Dollar. Sie enthalten neben dem offiziell dafür bereitgestellten Budget auch weitere kriegsbedingte staatliche Ausgaben und die bisherigen Versorgungskosten für Verwundete, Kriegsverwehrte und Veteranen. Analoge detaillierte Gesamtberechnungen für Deutschland gibt es leider nicht. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzte bereits im



Mai 2010, die gesamten Kosten bis Ende 2011, d.h. für die ersten 10 Jahre Krieg, auf 18 bis 33 Milliarden Euro.

Zu den Kriegskosten kommen noch Dutzende Milliarden, die hauptsächlich in den Aufbau neuer staatlicher Strukturen, die Armee und Sicherheitskräfte flossen. Ein beträchtlicher Teil davon ist spurlos versickert. Die verbliebenen Milliarden befeuerten, wie der Afghanistan-Experte Thomas Ruttig Ende April im *Tagesspiegel* erläuterte, „eine Warlord-Kaste, die die Hilfgelder aufsaugte und unter den Augen des NATO-Militärs mit Bestechung und Waffengewalt die neuen, demokratischen Institutionen kaperte.“ Das „Ergebnis des US/NATO-geführten Afghanistan-Einsatzes“ sei eine korrupte und kleptokratische Regierung in Kabul, die auf tönernen Füßen stehe – die jüngste Entwicklung gab ihm Recht.

Erschütternd sind die humanitären Kosten. Dem „Costs of War Project“ an der Boston University zufolge, das sich auf registrierte

Todesfälle stützt, starben in Afghanistan und Pakistan mindestens 165.000 Menschen in direkter Folge von Kriegshandlungen, über 47.000 davon Zivilisten. Die Autorinnen gehen aber von einem Vielfachen an indirekten Opfern aus. Die IPPNW-„Body Count“-Studie kam auf Basis von repräsentativen Mortalitätsstudien zum Schluss, dass die tatsächliche Zahl der zivilen Opfer in der Regel mindesten fünf- bis achtmal so hoch ist, wie die der registrierten. Wir müssen daher von über 800.000 Toten in Afghanistan ausgehen, 40.000 pro Jahr. Hinzu kommen eine noch weit höhere Zahl von Verwundeten und Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen.

Trotz der hehren humanitären Ziele, mit denen die ständige Fortsetzung des Krieges gerechtfertigt wurde, haben sich die Lebensverhältnisse der Bevölkerung unter der Besatzung sogar verschlechtert. 2017 lag der Bevölkerungsanteil, der unter der Armutsschwelle lebt, mit 54,5 Prozent auf dem Niveau vor dem Sturz der Taliban-Herrschaft

und ist seither noch gestiegen. Die Covid-19-Krise verschärft die Situation weiter. Hilfsorganisationen zufolge sind 13 Millionen Afghanen akut von Hunger bedroht.

Da in den vergangenen Jahren die Kämpfe zwischen den USA und den Taliban das größte Sicherheitsrisiko waren, wird das Land aus Sicht von Reinhard Erös, ehemaliger Oberst-arzt und langjähriger Entwicklungshelfer in Afghanistan, durch den Abzug sicherer werden, zumindest in den Regionen, die er kennt. Seine „Kinderhilfe Afghanistan“ betreibt seit 2002 im Osten des Landes, in den Hochburgen der Taliban, Krankenhäuser, Waisenhäuser und Schulen. Indem sie alle Projekte mit den religiösen Autoritäten und damit in gewisser Weise mit den Taliban abgesprochen hatten, konnten sie sie in den fast 20 Jahren ungestört durchführen.

Joachim Guilliard ist in der Friedensbewegung aktiv und freiberuflicher Autor mit dem Schwerpunkt Naher und Mittlerer Osten.

## Der „Westen“ hat die Verantwortung

Karim Popal

In einem Land, in dem es seit 40 Jahren Krieg gibt, herrscht Waffenruhe. Im afghanischen Fernsehen äußern sich Menschen glücklich darüber, seit 48 Stunden keine Schüsse mehr gehört zu haben.

Die Regierungen der Präsidenten Karzai und Ghani bestanden aus verbrecherischen Warlord-Kommandanten. Kriegsverbrecher wie Dostum (Mörder von 8.500 unschuldigen Gefangenen) und Attar, Gouverneur von Mazar, der beste Freund der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der hunderte Millionen US-Dollar an Hilfgelder veruntreut hat, waren nie in der Lage, Frieden zu

schließen. In Afghanistan wurden Waffen aller Art getestet. Von der größten Bombe der Welt (Mutterbombe) bis hin zu den modernsten elektronischen Waffen. Wie viele Menschen in diesem Krieg gestorben sind, wie viele Afghanen ihr Land verlassen mussten, war dem Westen gleichgültig. Entgegen ihren Anfangsbehauptungen, für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu kämpfen, wurde das Gegenteil erreicht. Auch in den vergangenen 20 Jahren sind Frauenrechte mit Füßen getreten worden, Frauen wurden vergewaltigt, entführt, verkauft und zwangsverheiratet.

Auch viele Regierungsmitglieder haben ihre Frauen zur Ehe gezwungen. Dostum, einer der besten Freunde des Westens, hat

eine vierzehnjährige und mehrere männliche Kinder und Jugendliche vergewaltigt. Dafür ist er bekannt. Warum die westlichen Politiker diesen Verbrechern vertraut haben, bleibt ein Rätsel.

Kriegsverbrecher wie Attar, Dostum, weitere Regierungsmitglieder und Mujahedin-Kommandanten wurden Milliardäre. Präsident Ghani hat selbst bei der Geberländer-Konferenz 2020 in Genf eingestanden, dass 60 Prozent der internationalen Hilfsleistungen nicht im Budget von Afghanistan auftauchen. Gemessen an Hilfsleistungen in Höhe von rund einer Billion US-Dollar heißt das: Rund 600 Milliarden Dollar wurden von der korrupten Regierung, Warlords und Kriegskommandan-

ten veruntreut. Was den Taliban Mitte August innerhalb weniger Tage gelang, nämlich das gesamte Afghanistan von einer Zentralregierung aus zu regieren und in allen Provinzen den 40-jährigen Krieg für beendet zu erklären, ist dem Westen nie gelungen.

Dafür, dass die afghanische Bevölkerung nun unter einer islamischen Diktatur der Taliban leiden muss, sind die USA und der NATO mitverantwortlich.

Karim Popal ist Rechtsanwalt. Er ist in Afghanistan geboren und aufgewachsen und Mitglied der IALANA.

## Afghanistan war nicht nur ein US-Krieg

# Die Verantwortung von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen

Winfried Wolf

Seit Wochen herrscht in Deutschland Einigkeit: Der Afghanistan-Krieg war eine „Katastrophe“. Betont wird, dass es sich um einen US-Krieg handelte. Über die deutsche Verantwortung wird nicht diskutiert. Dabei war dies in starkem Maß auch ein deutscher Krieg. Zu diesem Thema Fragen und Antworten.

**Frage** Ist Deutschland in diesen Krieg nicht hineingerutscht? Stand Deutschland damals nicht unter massivem Druck der USA, wie das der damalige Kanzler Gerhard Schröder jüngst erneut betonte?<sup>1</sup>  
**Antwort** Der Deutsche Bundestag hat am 16. November und am 22. Dezember 2001 auf Antrag der SPD-Grünen-Regierung mit überwältigender Mehrheit für eine Beteiligung der Bundeswehr am Kriegseinsatz in Afghanistan gestimmt. Natürlich hätte der Bundestag auch mit „Nein“ stimmen können. Beziehungsweise die rot-grüne Regierung hätte erst gar keinen Antrag dieser Art stellen müssen. Siehe das entsprechende Nein ein Jahr später zu einer Beteiligung am Irak-Krieg. Es gab keinen „besonderen Druck aus den USA“. Vielmehr wollten die deutsche Regierung und die Bundeswehr-Militärs bei einem

### Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (Zgk) wird herausgegeben von Heike Hänsel Tübingen · Tobias Pflüger Tübingen · Ulrich Sander Dortmund · Laura von Wimmersperg Berlin · Winfried Wolf Michendorf. **Redaktion:** Reiner Braun & Winfried Wolf **Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.):** Winfried Wolf. Die Zgk erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

**Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen** Die Anstifter Stuttgart · Antikriegsforum Ludwigshafen · bundesweite Attac-AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Galerie Olga Benario Berlin · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerin Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (Parteiorgan).

**Gestaltung & Layout** Joachim Römer Köln

**Redaktions- & Vertriebsadressen**

Postanschrift BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf

E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de

Tel. 030 - 22 77 3179 (MdB-Büro H. Hänsel)

**Bezugspreise** Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Kosten:

von 1 bis 99 Ex = 25 Cent je Exemplar

ab 100 Ex = 15 Cent je Exemplar

Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

**Spenden & Konto** Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Kostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse  
IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66

BIC WELADED1PMB

ISSN 1611-2881



„richtigen Krieg dabei sein“. Nicht nur in der Luft, wie im Kosovo-Krieg 1999, sondern vor allem auch am Boden. Das äußert sich auch darin, dass seit gut einem Jahrzehnt im Verteidigungsministerium von der „Generation Einsatz“ schwadroniert wird. Gemeint sind die „wichtigen Erfahrungen“ der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Kriegseinsatz in Afghanistan.

**Frage** SPD und Grüne gelten eher als kritisch beim Thema Krieg; CDU/CSU und FDP eher als Kriegseinsätze bejahend. Spiegelte sich das bei Afghanistan wider?

**Antwort** In keiner Weise. Wie erwähnt hat Rot-Grün den Afghanistan-Einsatz im Bundestag beantragt. Peter Struck, SPD-Verteidigungsminister 2002 bis 2005, hat mit dem Satz „Unsere Sicherheit wird (auch) am Hindukusch verteidigt“ für die Bundeswehrebeteiligung getrommelt. Bei den Grünen gab es bei der entscheidenden Abstimmung am 22. Dezember 2001 keine einzige Nein-Stimme und nur vier Enthaltungen. Alle anderen Grünen-MdBs – also gut 90 Prozent – stimmten für den Kriegseinsatz – auch Christian Ströbele. Dabei waren zuvor die vier Enthaltungen zynisch noch so ausgeknobelt worden, dass die „Kanzler-Mehrheit“ von Schröder nicht gefährdet wurde.

**Frage** Je länger dieser 20jährige Krieg dauerte, desto deutlicher wurde dessen Sinnlosigkeit. Spiegelte sich das im Bundestag wider?

**Antwort** Kaum. Es gab mehr als ein Dutzend Afghanistan-Abstimmungen, meist zur Verlängerung des jeweiligen Bundeswehr-Einsatzes. Und es gab immer Mehrheiten von mehr als 75 Prozent für die Fortsetzung der Einsätze. Eine letzte Abstimmung fand am 13. März 2020 statt, als die Bundeswehr-Präsenz um ein weiteres Jahr verlängert wurde. Es stimmten 358 MdBs mit Ja und 160 mit Nein. Bei den Ja-Stimmen waren 17 Grünen-MdBs. Was in allen Afghanistan-Abstim-

mungen gleich blieb: Die PDS bzw. die LINKE stimmte geschlossen gegen alle diese Anträge.

Richtig ist, dass es in der Bevölkerung seit langem eine deutliche Mehrheit für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan gibt. Grob lässt sich sagen: In den letzten 15 Jahren stimmten immer gut zwei Drittel im Parlament für die fortgesetzte deutsche Beteiligung am Afghanistankrieg, während in der Bevölkerung rund zwei Drittel für einen sofortigen Abzug der deutschen Soldaten eintrat. Eine aufschlussreiche Kluft.

**Frage** War die deutsche Beteiligung nicht eher symbolisch?

**Antwort** Nein! Deutschland stellte mit zeitweilig 5400 Soldaten in der Regel das zweit- oder drittgrößte Kontingent in diesem westlichen Krieg. Zeitweilig hatte die Bundeswehr sogar das militärische Kommando – so 2003 zusammen mit den Niederlanden. Selbst bei den Kriegsverbrechen spielte Deutschland eine unrühmliche, maßgebliche Rolle; Stichwort Tanklastwagen-Massaker bei Kundus 2009 (siehe Seite 8).

**Frage** War es nicht gerechtfertigt, sich in Afghanistan für die Verteidigung von Menschenrechten und für Frauenrechte einzusetzen?

**Antwort** Dies ist eine Schutzbehauptung. Wenn es wirklich um einen Kampf zur Verteidigung der Menschenrechte gegangen wäre, dann müsste die Bundeswehr in Dutzenden Ländern eingesetzt werden. Beispiel Türkei: Dort werden die Menschenrechte flächendeckend verletzt; u.a. wird die große kurdische Bevölkerungsgruppe blutig unterdrückt. Beispiel Saudi Arabien: Dort gilt die Scharia. Elementare Rechte von Frauen werden verletzt; laut Amnesty werden in dem Land „Dutzende Menschen jedes Jahr hingerichtet, viele durch grausame öffentliche Enthauptungen.“<sup>2</sup> Auf diese Doppelmoral machte in jüngerer Zeit sogar die *Frankfurter*

Arabien andererseits. Nach Afghanistan entsandte Deutschland 20 Jahre lang Soldaten und investierte Milliarden, angeblich im Kampf für Menschenrechte. In die Türkei und nach Saudi Arabien versendet Deutschland Rüstungsgüter in Milliardenhöhe – und unterstützt damit die Unterdrückung der Menschenrechte. Im Übrigen wird in Deutschland an jedem dritten Tag eine Frau von einem Mann ermordet. Wir sollten vor der eigenen Tür kehren.

### Anmerkungen

1 G. Schröder; Interview in: *Der Spiegel* vom 30. Juli 2021.

2 Amnesty-Bericht 2019.

3 Aus einem Interview mit Reinhard Erös, der seit 2002 vor Ort das Projekt „Kinderhilfe Afghanistan“ betreibt: „Dieses Recht [Scharia; d. Red.] hat [...] auch die Todesstrafe und die körperliche Verstümmelung. Wie übrigens identisch bei unseren ‚Freunden‘ in Saudi Arabien, wo nahezu jede Woche nach dem Freitagsgebet ein staatlicher Henker vor den Augen der Gottesdienstbesucher dem ‚Straftäter der Woche‘ mit einem Schwert den Kopf abhackt.“ (*FAZ* vom 18. August 2021).

*Allgemeine Zeitung* aufmerksam.<sup>3</sup> Dabei gibt es einen bezeichnenden Unterschied zwischen Afghanistan einerseits und der Türkei und Saudi

## +++ aktiv gegen krieg +++

### Militärbasen und Umwelt

Militärbasis oder auch Militärstützpunkt ist ein permanent oder temporär militärisch genutztes Gebiet. Das können sein: Flughäfen, Waffenarsenale und -Depots, Truppenübungsplätze, Relais-Stationen, Raketenabschussrampen, Kasernen, aber auch Infrastruktur wie Krankenhäuser, Verwaltungen, Wohnsiedlungen.

Das Militär ist einer der größten Umweltverschmutzer und Klima-Aufheizer, Energieverbraucher und Ressourcenverschwender, sowohl bei Herstellung als auch Nutzung. Wer braucht schon Waffen und Atombomben? Davon kann kein Mensch satt werden.

Militärflugzeuge sind im Vergleich zu zivilen Fliegern um vieles lauter; sie fliegen tiefer. Nachtflugverbote gibt es kaum oder sie werden nicht eingehalten. Lärm hat massive gesundheitliche Auswirkungen, nicht nur Hörschäden und Tinnitus, sondern auch Konzentrations- und Schlafstörungen bis hin zu Herzproblemen. Durch Flugübungen und Luftbetankungen, Kerosinablass vor Landungen sind die Belastungen der Atemluft und der Böden enorm. Diese schädlichen Stoffe gelangen ins Grundwasser, Bäche und Flüsse, ebenso wie das nicht abbaubare PFAS (Per- und Polyfluoralkylsubstanz) aus Löschschäumen.

Militär benötigt riesige Flächen, die komplett versiegelt sind. Durch ihre martialischen Bauten, umgeben mit Stacheldraht, Dauerbeleuchtung und weiteren Sicherheitsvorkehrungen signalisieren sie Macht- und Herrschaftsansprüche, Aggression und Gewaltbereitschaft, die auch negative Auswirkungen auf die umliegenden Gemeinden haben. Militärbasen ziehen auch immer Prostitution und Sexindustrie an und steigern das Gewaltpotential in den Städten und Gemeinden.

Wenn die Bundeswehr sich jetzt als Naturschutz-Organisation generiert und stolz verkündet, dass „50% der Bundeswehr Übungsplatzfläche in Deutschland als FFH- und/oder Vogelschutzgebiet“ gemeldet sind, dann ist das zynisch und mehr als greenwashing. Was ist mit der anderen Hälfte der Gebiete?

Statt die Bundeswehr weiter und besser für neue Kriege aufzurüsten, sollte sie umgehend abrüsten, die Militärbasen schließen und für die Beseitigung der von ihr und ihren Partner-Armeen angerichteten Umweltschäden sorgen. Nach Renaturierungsmaßnahmen stünden diese als Erholungs- und Regenerationsflächen für Menschen, Tiere und Natur zur Verfügung. Das wäre ein sinnvoller Beitrag zu einer sozial ökologischen Transformation, die die CO<sub>2</sub>-Emissionen runterfährt, regionale Kreisläufe stärkt und echte FFH-Schutzgebiete ausweist, in der auch wieder Landwirtschaft möglich ist und nicht nur, aufgrund von Schadstoffbelastungen, der Anbau von „Energiepflanzen“ statt Lebensmittel.

Nur eine radikale sozial ökologische Transformation kann das 1,5% Klimaziel erreichen, nur ein radikales Umdenken bringt uns unserem Ziel einer friedlichen und sozial-ökologisch gerechten Welt näher.

Kristine Karch, aktiv bei: Kampagne Stopp Air Base Ramstein,

+++ engagiert für den friedem +++